

Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft

**Schweizerisches Zentrum
für Islam und Gesellschaft**

SZIG-Papers 2

**Radikalisierungen
vorbeugen**

Zusammenarbeit zwischen
Staat und muslimischen
Organisationen

Inhalt

Radikalisierungen vorbeugen. Zusammenarbeit zwischen Staat und muslimische Organisationen

Der Kontext des Projekts «Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteure»	4
Workshops zum Thema Präventionsmassnahmen	6
Vier Weiterbildungsworkshops mit über 80 Teilnehmenden	7
Übergeordnete Ziele und Aufbau des Themenhefts	7
1. Was bedeutet «Radikalisierung» genau?	10
Salafismus, eine Form von Radikalisierung?	11
2. Dschihadistische Radikalisierung und Prävention in der Schweiz	16
Aus Dschihadreisenden werden «Rückkehrer»	17
Die Schweizer Dschihadisten	18
Von den Schweizer Behörden ergriffene Massnahmen zur Verhinderung des gewalttätigen Extremismus	19
«Wir verfolgen keinen sicherheitsbezogenen Ansatz» – Gespräch mit N. Roguet	21
«Die Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen und die Schulung von Schlüsselpersonen ist wichtig» – Gespräch mit U. Allemann	24
3. Die muslimischen Vereine: Akteure oder Objekte der Prävention?	28
Sich enthalten oder handeln?	29
«Unser Ansatz berücksichtigt die unterschiedlichen Zugehörigkeitssysteme junger Menschen» – Gespräch mit C. Daraoui	30
Die Interventionsbereiche der muslimischen Organisationen: Hindernisse und Herausforderungen	34
Die Moscheevereine als Orte der Sozialisation	35
Imame und Religionslehrerinnen und -lehrer als Akteure der Kontextualisierung	35
Internet als Instrument zur Wissensvermittlung	37
Jugendliche als Wissensvermittler	37
«Die Rolle des Imams ist vorwiegend präventiv» – Gespräch mit R. Neziri	38
Schlussfolgerungen und Empfehlungen	41
Literaturverzeichnis	44

Impressum

Die SZIG-Papers und die weiteren Publikationen des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) sind auf der Webseite des SZIG verfügbar www.unifr.ch/szig

© 2018, SZIG
Universität Freiburg
Rue du Crible 13
1700 Freiburg
szig@unifr.ch

Autoren: Hansjörg Schmid, Mallory Schneuwly Purdie, Andrea Lang, SZIG, Universität Freiburg
Gestaltungskonzept: Stephanie Brügger, Unicom, Universität Freiburg
Übersetzung: F/D Barbara Horber ; D/F Anne Wiget
Lektorat: Valérie Benghezal, Federico Biasca, Guillaume Chatagny, Esma Isis-Arnautovic

Die Übersetzungen wurden finanziell unterstützt durch den Sicherheitsverbund Schweiz und die Fachstelle für Integration des Kantons Genf
ISSN: 2571-9572

Unterstützt durch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Staatssekretariat für Migration SEM

Fachstelle für Rassismusbekämpfung FRB



Der Kontext des Projekts «Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteure»

Fachpersonen aus der Verwaltung und muslimische Multiplikatoren haben in einer 2016 abgeschlossenen Bedarfsanalyse des Schweizerischen Zentrums für Islam und Gesellschaft (SZIG) der Universität Freiburg übereinstimmend einen besonderen Weiterbildungsbedarf in fünf Themenfeldern bekundet: Kommunikation und Medien, junge Muslime, Geschlecht und Körper, Radikalisierung und Prävention sowie Seelsorge in öffentlichen Einrichtungen. Muslimische Organisationen treten hier bereits vielfach als gesellschaftliche Akteure in Erscheinung, auch wenn ihre Aktivitäten einer breiteren Öffentlichkeit oft nicht bekannt sind. Ob in der Jugendarbeit, bei Beratungs- und Bildungsangeboten oder anderen Aktivitäten, meist gibt es Schnittstellen mit öffentlichen Institutionen, die einer konstruktiven Gestaltung bedürfen.

Diese Publikation ist ein Ergebnis des Projekts «Muslimische Organisationen als gesellschaftliche Akteure» (MOGA) des SZIG (Laufzeit 1.3.2016 bis 28.2.2018). Im Rahmen dieses Projekts fanden schweizweit insgesamt 26 Workshops zu den fünf genannten Themenfeldern statt. Insgesamt waren 18 muslimische Organisationen Partner für die Vorbereitung und Durchführung dieser Workshops, an denen rund 500 Personen – Imame, Seelsorgende, Leitende von Frauen- und Jugendgruppen sowie weitere Fachpersonen – teilnahmen. Die Workshops ermöglichten den muslimischen Teilnehmenden Einsichten in die berufliche Praxis etwa von Journalisten, Lehrpersonen oder Seelsorgenden. Umgekehrt konnte das Fachpersonal aus den verschiedenen Feldern ein vertieftes Verständnis für die Situation muslimischer Gruppen und Organisationen gewinnen. In einer offenen Atmosphäre boten die Workshops Raum für Erfahrungsaustausch, kritische wechselseitige Anfragen an die bestehende Praxis sowie die Entwicklung von Zukunftsperspektiven. Die Workshops fanden in verschiedenen Landesteilen statt, so dass in dieser Publikation Erkenntnisse und Lernprozesse aus ganz unterschiedlichen Kontexten zusammenkommen.

Als schweizweites Kompetenzzentrum führt das SZIG zahlreiche Forschungsprojekte im Feld von Islam und Gesellschaft durch und bietet auch spezielle Weiterbildungsseminare für Fachpersonen aus den Bereichen Soziale Arbeit, Bildung, Verwaltung, Integration und Sicherheit an. Erkenntnisse aus diesen Projekten und Seminaren sind ebenfalls in diese Publikation

eingeflossen. Sie vereint Grundinformationen, Erkenntnisse aus den Workshops sowie Möglichkeiten zur vertieften Auseinandersetzung. Auf diese Weise soll etwas von der Atmosphäre des gegenseitigen Lernens an eine breite Leserschaft vermittelt werden – verbunden mit dem Ziel, damit Orientierung und Anregungen für ein vertieftes Nachdenken und neue gesellschaftliche Handlungsoptionen zu geben.

An dieser Stelle sei dem Staatssekretariat für Migration (SEM) und der Fachstelle für Rassismusbekämpfung (FRB) für die Förderung des Projekts gedankt. Ein besonderer Dank gilt zudem den muslimischen Partnern sowie den Fachpersonen aus unterschiedlichen Bereichen, die die Workshops mitgestaltet haben.

Workshops zum Thema Präventionsmassnahmen

«Der militärische Zerfall des Islamischen Staates bedeutet nicht das Ende des transnationalen Dschihadismus.» Dieses Zitat von Olivier Moos (2017) beschreibt aussagekräftig die Entwicklung dschihadistischer Aktivitäten und Ideologien weltweit, auch in der Schweiz. Zwar verzeichnet der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) seit 2016 keine Reisen mehr nach Syrien und in den Irak. Hingegen ist aber bei den Personen, die ein erhöhtes Risiko für die Sicherheit der Schweiz darstellen, ein Anstieg um 10% zu verzeichnen. Im November 2017 hat der NDB 550 «Risikopersonen» identifiziert, was aufzeigt, dass die von den gemeinhin als «Dschihadisten» bezeichneten Personen verfochtenen Thesen weiterhin im Umlauf sind und ein Publikum finden, und dies trotz der strategischen Misserfolge von Gruppen, die mit dem Islamischen Staat oder Al-Qaida in Verbindung stehen. Die Zahl der «Dschihadreisenden», «Foreign Fighters» oder «Risikopersonen» aus der Schweiz ist zwar, gemessen zur Gesamtbevölkerung, gering, jedoch mit den Zahlen unserer deutschen oder französischen Nachbarn vergleichbar. Diese Dschihadreisen, aber vor allem die Verbreitung der damit verbundenen Ideologie und die ihr entgegengebrachte Sympathie sowie die Lockangebote von Gruppierungen wie dem Islamischen Staat sind für die Behörden, aber auch die muslimischen Organisationen und die Bevölkerung, unabhängig von deren Religionszugehörigkeit, ein vordringliches Problem.

Im Rahmen einer 2015 vom SZIG durchgeführten Studie zu islambezogener Weiterbildung in der Schweiz bei in muslimischen Vereinen tätigen Personen (Schmid, Schneuwly Purdie, Lang 2016), äusserte eine Vereinsverantwortliche ihre Besorgnis angesichts der Verunsicherung mancher junger Menschen, die ihren Platz in der Gesellschaft nicht fänden und anderen, die nach einem Sinn in ihrem Leben suchten: *«Es sind unsere Kinder, die Gefahr laufen, fortzugehen. Die Verhinderung von Radikalisierung geht uns deshalb alle etwas an.»* In die gleiche Richtung gingen auch die Worte eines Sprechers eines Vereins. Er wies auf die Notwendigkeit einer fundierten religiösen Bildung und Erziehung hin, um ein Abdriften in die Radikalisierung zu verhindern.

Vier Weiterbildungsworkshops mit über 80 Teilnehmenden

Diese Aussagen zur Rolle der muslimischen Vereine sowie die Feststellung, dass die Besorgnis angesichts von Radikalisierung von den verschiedenen Akteuren geteilt wird, haben uns veranlasst, Weiterbildungsworkshops zum Leitthema Prävention zu entwickeln. Zwischen Januar und Mai 2017 wurden vier Workshops – drei in der Deutschschweiz und einer in der Westschweiz – durchgeführt, an denen über 80 Personen teilgenommen haben. Während diesen Workshops wurden verschiedene Themen wie beispielsweise Jugend und Gewalt, präventive Angebote von muslimischen Vereinen oder die Formen der Zusammenarbeit zwischen Behörden und muslimischen Organisationen diskutiert.

Übergeordnete Ziele und Aufbau des SZIG-Papers

Die Workshops verfolgten vier Hauptziele:

1. Den Prozess der Radikalisierung beleuchten und verstehen
2. Das Ausmass des Phänomens der Radikalisierung in der Schweiz aufzeigen
3. Erkenntnisse über die Präventionsmassnahmen auf staatlicher und gemeinschaftlicher Ebene gewinnen
4. Mögliche weitere Vorgehensweisen und Handlungsperspektiven erarbeiten

Das vorliegende und in vier Teile gegliederte SZIG-Paper hat zum Ziel, die in den Workshops behandelten Themen zu vertiefen und einem breiteren Publikum zugänglich zu machen.

Das erste Kapitel beschäftigt sich mit der Begrifflichkeit und den Dimensionen von Radikalisierung. Das zweite Kapitel befasst sich mit dem Phänomen des Dschihadismus unter Berücksichtigung staatlicher Massnahmen und Perspektiven. Zunächst erfolgt ein kurzer Überblick zu den Zahlen und aktu-

ellen Herausforderungen hinsichtlich des Phänomens des Dschihadismus für die Schweiz. Wie viele Ausreisende bzw. Rückkehrer werden in der Schweiz verzeichnet? Welches sind die wichtigsten Herausforderungen, denen sich die Schweiz stellen muss? Existiert ein Typenprofil des «Schweizer Dschihadisten»? Im Anschluss daran wird auf den Nationalen Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus (NAP) eingegangen. Nicolas Roguet (Integrationsbüro des Kantons Genf) und Urs Allemann (Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention der Stadt Winterthur) erläutern dazu beispielhaft die von den Behörden in ihrer Region eingerichteten Präventionsangebote. Das dritte Kapitel widmet sich den unterschiedlichen Möglichkeiten muslimischer Vereine, mit Debatten zur Radikalisierung umzugehen und darauf zu reagieren. Inwiefern beeinflussen diese Debatten die Entwicklung ihrer Vereinsangebote? Welche Herausforderungen und Hürden begegnen den Vereinen bei ihrer Arbeit? Zu diesen Themen nehmen Rehan Neziri (Imam aus Kreuzlingen) und Chaouki Daraoui (Sozialpädagoge im Kanton Waadt) in je einem Interview Stellung. Das SZIG-Paper schliesst mit Handlungsempfehlungen und einer Linksammlung zum Thema.

1. Was bedeutet ‹Radikalisierung› genau?

‹Radikalisierung› – ein häufig verwendeter Begriff, der in seiner Bedeutung scheinbar klar ist, jedoch nur selten genau definiert wird. Aufgrund mehrerer Faktoren fallen Definitionen dazu unterschiedlich aus:

Die Disziplinen: Psychologie, Soziologie oder Security Studies verwenden nicht die gleichen Kategorien, um ein Phänomen zu umschreiben

Der Blickwinkel: Bildungseinrichtungen, Jugendarbeit, Theologie oder Justiz betrachten das Phänomen aus unterschiedlichen Blickwinkeln

Die Perspektive der Person, die darüber spricht: die als radikalisiert geltende Person (Innensicht) oder die Person, die ein Risiko einschätzt, die, welche es untersucht, oder die, welche es erläutert (Aussensicht)

Hinsichtlich zweier wesentlicher Aspekte scheint aber ein Konsens zu bestehen. Erstens ist die Radikalisierung laut Vincent Joris «ein Prozess und kein immanentes Attribut bestimmter Personen, Bewegungen oder Ideologien» (Joris 2013, S. 19). Eine Person wird nicht bereits ‹radikalisiert› geboren, sondern bewegt sich in einem Prozess dorthin. Zweitens muss zwischen der Unterstützung eines extremen ideologischen Bezugssystems, das von der gesellschaftliche üblichen Normen abweicht und der Gewaltausübung unterschieden werden. Auch wenn Radikalisierung tendenziell als «Prozess verstanden wird, der dazu führt, dass ein Individuum oder eine Gruppe zu einer Form der Gewaltausübung greift, die unmittelbar an eine sozial, politisch oder religiös motivierte Ideologie geknüpft ist, von der die herrschend politische, soziale oder kulturelle Ordnung abgelehnt wird» (Khosrokhavar 2014, S. 7-8), ist es nach wie vor wichtig, ihre beiden Komponenten zu unterscheiden: die verhaltensbezogene (Gewaltausübung) und die kognitive Radikalisierung (Unterstützung radikalen Gedankenguts und Haltungen). Olivier Moos (2016) merkt in diesem Zusammenhang an, dass dieser Prozess nicht linear verläuft. Er unterstreicht zudem die Rolle des Einzelnen: Auf ihn wirkt nicht einfach ein Konglomerat von Überzeugungen ein, sondern er trägt seinen aktiven Teil an Verantwortung und fällt eine Entscheidung, vor allem, wenn es um ein Abdriften in Gewaltbereitschaft geht. Gemäss Moos, der Hafez und Mullins zitiert, spielen hierbei vier Variablen eine Rolle:

Problemlagen: persönliche Unzufriedenheit, die verschiedene Ursachen haben kann, z.B. Statusverlust, Opfergefühl oder Gefühl der generellen Ungerechtigkeit.

Netzwerke: Sozialisierung in familiären oder freundschaftlichen Gefügen, welche die Herausbildung einer Gruppenidentität fördern, die um ein gemeinsames extremistisches Gedankengut herum gebaut ist.

Begünstigende Umgebungen und Strukturen: reale (wie Gefängnisse, Trainingslager, Sportclubs) oder virtuelle Orte (soziale Netzwerke), die Halt geben und zwischenmenschliche Beziehungen stärken.

Ideologie: sämtliche narrativen und symbolischen Ressourcen, welche der Einzelne mobilisieren kann, um seine Weltanschauung zu festigen und seine Handlungen zu rechtfertigen.

Radikalisierung kann somit mit einer wechselseitigen Verzahnung dreier Dimensionen verglichen werden: einer kognitiven, emotionalen und verhaltensbezogen Dimension (Joris 2013, S. 19). Die kognitive Dimension spiegelt die ideologisch geprägte Weltanschauung, aber auch eine Reihe von Normen und Einstellungen wider. Bei der emotionalen Dimension handelt es sich vor allem um die Integration des Einzelnen in eine für ihn bedeutende Gruppe. Die verhaltensbezogene Dimension bezieht sich darauf, wie Haltungen in Handlungen umgesetzt werden, unter anderem durch die Anwendung von Gewalt.

Salafismus, eine Form von Radikalisierung?

Einige Thesen, welche die Radikalisierung im Zusammenhang mit dem Islam zu erklären suchen, weisen auf die Rolle des Salafismus in diesem Prozess hin (Kepel 2015). Der Begriff des Salafismus geht auf das arabische Wort al-salaf al-salih zurück, was so viel heisst wie die «frommen Altvorderen». Der Salafismus ist eine fundamentalistische Strömung des sunnitischen Islams, der den Islam von seinen lokalen Kontextbezügen reinigen und von Neuerungen in Glauben und Ritus befreien will. Er strebt eine Rückkehr zum Islam des 7. Jahrhunderts an, wie er während der Zeit des Propheten Muhammad und der

ersten drei Generationen von Muslimen praktiziert worden sei. Eine Rückbesinnung auf die Werte und Traditionen der frommen Vorfahren soll die Wiedereinführung eines authentischen Islams und des goldenen Zeitalters der islamischen Kultur ermöglichen. Der Salafismus geht auf das 9. Jahrhundert zurück und hat verschiedene Epochen durchlebt: eine strikte Befolgung der Verhaltensweisen der Vorfahren (9. Jahrhundert), eine Reformbewegung (18. Jahrhundert) und eine zeitgenössische wortgläubige Strömung, die häufig als Neo-Salafismus bezeichnet wird.

Der Salafismus betont die kompromisslose und absolute Einzigartigkeit Gottes. Er betrachtet zudem sämtliche Auslegungen der Quellen, aus denen die vier Rechtsschulen des sunnitischen Islams hervorgegangen sind, als nicht legitim. Der Salafismus fordert auch die strenge Nachahmung des Verhaltens des Propheten, bis hin zu den profansten Bereichen seines Lebens (Kleidung, Rasur, Körperpflege, Ernährung usw.). Wie sie sich gegenüber nichtmuslimischen Gesellschaften verhalten sollen, ist unter Salafisten umstritten. Einige sind der Ansicht, dass ein Muslim unmöglich in einem «ungläubigen» Land leben kann. Andere plädieren für eine Koexistenz, halten aber Distanz zu Menschen, die den Glauben nicht gleich praktizieren wie sie. Wieder andere hoffen auf eine Islamisierung der Gesellschaft, entweder durch aktive Missionierung oder revolutionäre Aktionen.

Laut Samir Amghar ist der Salafismus eine komplexe Bewegung, die ein breites Spektrum ideologischer Standpunkte abdeckt. Er unterscheidet dabei drei Hauptgruppierungen (2011):

- die quietistischen Strömungen
- die politischen Bewegungen
- die revolutionären Richtungen

Die *quietistischen Salafisten* wollen im Wesentlichen «den Glauben und die religiösen Praktiken der Muslime korrigieren». Sie setzen sich für die religiöse Erziehung ein, damit die Muslime «ihre schlechten Angewohnheiten aufgeben». Die strikte Einhaltung der religiösen Praxis ist der Grundpfeiler der individuellen und kollektiven Identität. Der quietistische Salafismus ist völlig unpolitisch und «legt das Augenmerk auf Abkapselung und Rückzug» (S. 36). Gemäss Amghar ist diese Form des Salafismus in Westeuropa am weitesten

verbreitet. Die *politischen Salafisten* vertreten «eine militante Sichtweise des Islams». Ihr Ansatz beruht auf «der Gründung von Parteien, Gewerkschaften und Vereinen als pazifistisches Mittel, um Macht zu gewinnen oder auf diese Druck zu machen». Amghar unterscheidet in dieser Untergruppe zwei Kategorien: Zum einen jene, «die zu einer Re-Islamisierung der Ursprungsländer aufrufen und die Notwendigkeit betonen, einen islamischen Staat zu gründen». Zum andern jene, die sich politisch organisieren, um für die Interessen der Muslime im Westen einzutreten und sie zu repräsentieren (S. 48). Für sie ist politische Macht nicht das Ziel, sondern ein Mittel für mehr Anerkennung. Die *revolutionären Salafisten* schliesslich fordern die Wiedereinführung des Kalifats oder eines islamischen Staates. Sie verherrlichen den bewaffneten Dschihad. Sie stellen einen Bezug her zwischen einer «wortgetreuen Lesart der Korantexte mit politischer Konnotation» und revolutionärer Aktion und Gewaltanwendung. Diese Form des Salafismus bildet das ideologische Fundament dessen, was heute gemeinhin als Dschihadismus bezeichnet wird. Der bewaffnete, offensive und gewalttätige Dschihad ist das Herzstück ihres Glaubenssystems. Sie betrachten ihn als eine religiöse Pflicht (S. 62). Ihre Aktivitäten sind oftmals transnational und richten sich sowohl gegen die Regierungen muslimischer Länder, die für sie als gottlos gelten, als auch gegen den Westen einschliesslich seiner Zivilbevölkerung.

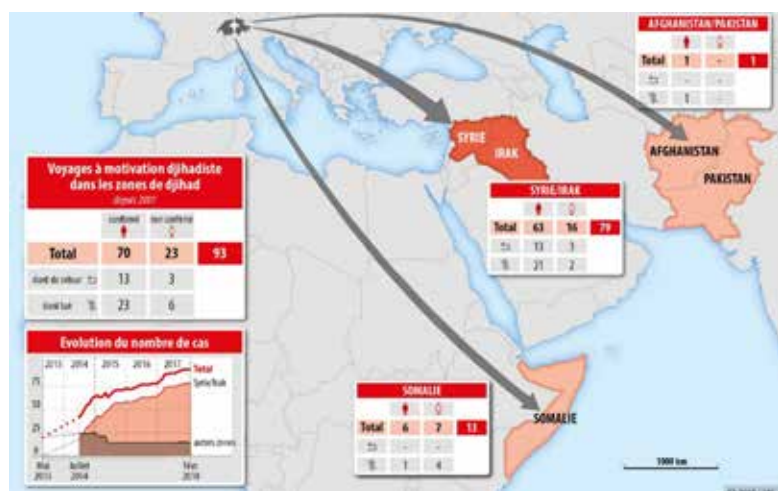
Die Jugendlichen und der (Neo-)Salafismus

Der Salafismus weist heute insofern Merkmale einer Jugendkultur auf, als er seinen religiösen Diskurs insbesondere auf Schwierigkeiten bei der sozialen oder beruflichen Integration ausrichtet, auf die Jugendliche unabhängig von ihrer Herkunft stossen. Jugendlichen mit muslimischem Migrationshintergrund bietet er ausserdem einen kulturell entwurzelten Islam an, den sie sich «unverfälscht» aneignen könnten, ohne je in ihrem Herkunftsland gelebt zu haben und ohne mit muslimischen Traditionen aufgewachsen zu sein. Den Konvertiten, die nicht in einer islamischen Kultur verwurzelt sind, gibt er einen klaren Rahmen vor, dank dem sie ihre neue Identität ausdrücken können. Wer sich dem (Neo-)Salafismus verschreibt, wird in eine solidarische Gemeinschaft aufgenommen, die klare Trennlinien zieht zwischen jenen, die ein Teil davon sind, und jenen, die nicht dazugehören. Diese klare Abgrenzung zwischen den Gruppen stärkt die Identität desjenigen, der sich dem Salafismus zuwendet und gibt ihm Leitlinien vor, nach denen er sein Leben ausrichten kann. Der (Neo-)Salafismus präsentiert sich zudem als Alternative zum Islam der Moscheen, die häufig noch von den ersten Einwanderergenerationen geleitet werden. Diesem Islam wird mitunter vorgeworfen, zu sehr von den Herkunftskulturen geprägt zu sein (Sprachen, Feste usw.). Ausserdem gilt dieser Islam, der sich als gemässigt und mit Säkularität kompatibel betrachtet, als vom Staat beeinflusst.

2. Dschihadistische Radikalisierung und Prävention in der Schweiz

Seit 2001 erfasst die Schweiz sogenannte «Dschihad-Reisende». Diese Bezeichnung beschreibt Personen, die in dschihadistisch ideologisierte Konfliktgebiete reisen. In diesen 16 Jahren hat der NDB 93 Ausreisen identifiziert, davon 79 in den Irak und nach Syrien. Von den Personen, die sich einer dschihadistischen Gruppierung angeschlossen haben, sind 29 gestorben und 16 in die Schweiz zurückgekehrt (NDB 2018). Von den 93 Personen sind 32 Personen Schweizer Staatsbürger (davon 20 Doppelbürger).

Abbildung 1: Dschihadistisch motivierte Reisebewegungen (NDB 2018)



2013 ist die Zahl der Dschihadreisenden im Zuge der Gründung des Islamischen Staates im Irak und der Levante (IS) durch Abu Bakr al-Baghdadi rasch gestiegen. Vor diesem Zeitpunkt haben nur 20 Personen die Schweiz in Richtung dieser Konfliktgebiete verlassen. Im Mai 2014, einen Monat bevor al-Baghdadi die Gründung des Kalifats verkündete, verdoppelte sich diese Zahl und stieg auf 40 Ausreisen an. Hierzu ist anzumerken, dass zu diesem Zeitpunkt einige Personen bereits wieder in die Schweiz zurückgekehrt waren.

Aus Dschihadreisenden werden «Rückkehrer»

Der NDB betrachtet die «Rückkehrer» (Thomson 2016) bereits seit 2015 als Herausforderung für die Sicherheit der Schweiz (Bielmann 2017; Merz 2016). In der Tat stellen die «Rückkehrer» auf mehreren Ebenen ein gesteigertes Risiko dar. Erstens besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass die Männer unter ihnen mit dem Gebrauch von Waffen und Sprengstoff vertraut sind, was sie auch im Inland nutzen könnten. Zweitens waren sie (höchst-)wahrscheinlich extremer Gewalt ausgesetzt und einige haben selber Gewalt angewendet. Dies lässt vermuten, dass sie sich an Gewalt gewöhnt haben und dass ihre Hemmschwelle, selber Gewalt anzuwenden, gesunken ist. Merz weist ausserdem darauf hin, dass die «Rückkehrer» eine höhere Erfolgsquote bei der Durchführung von Attentaten aufweisen und ihre Attacken nicht nur gewalttätiger sind, sondern auch öfters tödlich ausfallen. Drittens ermöglicht eine Rückkehr auch eine Rekrutierung vor Ort sowie die etwaige Einrichtung einer eigenen Terrorzelle (Merz 2016, S. 2).

Nach den Bemühungen, die Ausreisen durch Massnahmen wie dem Einzug der Ausweispapiere oder einer regelmässigen polizeilichen Meldepflicht zu verhindern, steht die Schweiz inzwischen wie auch ihre europäischen Nachbarländer vor der Herausforderung, wie mit den Rückkehrern umgegangen werden soll. Es wurden rechtliche Schritte unternommen wie ein Verbot von Gruppen mit Verbindungen zum Islamischen Staat oder Al-Qaida (dazu gehören die finanzielle und materielle Unterstützung, Propaganda, Rekrutierung) oder Massnahmen wie Einreisesperren, der Widerruf der Aufenthaltsgenehmigung bzw. des Bürgerrechts bei Doppelbürgern in die Wege geleitet. Das neue Nachrichtendienstgesetz (2017) und die Aufstockung der Stellenprozente in der Terrorismusbekämpfung gehören ebenfalls zu diesen Schritten.

Les revenants (Die Rückkehrer)

David Thomson, Journalist bei Radio France Internationale (RFI), bezeichnet in seinem gleichnamigen Werk diejenigen Männer und Frauen als «revenants», welche die Dschihad-Gebiete verlassen haben, um in ihr Herkunftsland zurückzukehren. Die Wahl dieser Bezeichnung beruht auf drei Gründen: Erstens bezeichnen sich diese Personen selber so. Zweitens scheinen einige, traumatisiert durch ihre Erlebnisse, nach Meinung des Autors «aus dem Jenseits zurückzukehren». Drittens sind einige zwar faktisch zurückgekehrt, ohne jedoch Reue zu zeigen. Auch wenn sie vom Islamischen Staat enttäuscht sind, bleiben sie weiterhin von der zugrundeliegenden Ideologie überzeugt.

Die Schweizer Dschihadisten

Florent Biemann hat in seiner Masterarbeit (2017) die Dokumentation von zehn Strafverfahren analysiert, welche die Bundesanwaltschaft (BA) wegen mutmasslicher Mitwirkung an Aktivitäten einer Terrorgruppe oder Unterstützung des Islamischen Staates oder Al-Qaida eingeleitet hat. Es handelt sich um zehn Personen (neun Männer und eine Frau), wovon sich einige in einem Konfliktgebiet befinden und andere in der Schweiz aufhalten. Auch wenn es nicht möglich ist, ein Standardprofil des «Dschihad-Reisenden», des «Foreign Fighter» oder der «Risikoperson» zu erstellen (Eser Davolio et al. 2015), regt Florent Biemann an, sich mittels fünf Dimensionen mit dem Phänomen zu befassen.

Dimensionen	Indikatoren
Biographische Dimension	Schockerlebnis, Trennungen, Niederlagen (in der Liebe, in der Schule, im Beruf), eine kriminelle oder gewalttätige Vergangenheit, Begegnungen oder Gruppendynamiken usw.
Psychologische Dimension	Krankheit, Sucht, Naivität, unkritische Haltung, gewalttätiges Verhalten, mangelndes Verantwortungsbewusstsein, Risikofreudigkeit, Verfolgungswahn, Geltungssucht oder Wunsch, ein Held zu sein usw.
Religiöse oder ideologische Dimension	Übertritt zum Islam, fanatische Haltung unter der gewählten Gruppe, Intoleranz, Wille und Verpflichtung, den (gewalttätigen) Dschihad zu vollziehen usw.
Sozioökonomische Dimension	Ausgrenzung, Marginalisierung, Diskriminierung, eingeschränkte soziale Mobilität usw.
Politische Dimension	Bild einer verdorbenen Gesellschaft, die mit dem Islam nicht vereinbar ist, eine manichäische und dichotome Weltansicht, der Wille, eine gerechte Sache zu unterstützen, Verschwörungstheorien, humanitäre Gründe usw.

Entgegen der landläufigen Meinung geht aus seinen Analysen hervor, dass die religiöse und ideologische Dimension nicht die wichtigsten Faktoren im Radikalisierungsprozess darstellen. Biemann zeigt in seinen Analysen auf, dass besonders die biographische Dimension zentral ist, um den Radikalisierungsprozess zu verstehen. Danach folgen die politische und erst danach die religiöse und ideologische Dimension. Keine der Dimensionen kann allein betrachtet die Gewaltanwendung erklären. Erst die Kombination signifikanter Indikatoren in sämtlichen fünf Dimensionen bei derselben Person erweist sich als ausschlaggebend.

Von den Schweizer Behörden ergriffene Massnahmen zur Verhinderung des gewalttätigen Extremismus

Das Ziel des vom Bundesrat im Dezember 2017 verabschiedeten Nationalen Aktionsplans (NAP) ist es, «praxistaugliche Voraussetzungen für die Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus in all seinen Formen zu schaffen» (SVS 2017, S. 9). Er unterscheidet Präventionsmassnahmen, die *begünstigende* (*push factors*: konjunkturelle Situation – Konflikte, Wirtschaftskrise) sowie *beeinflussende* (*pull factors*: persönlicher Lebenslauf – Misserfolg, Todesfall) eindämmen sollen (vgl. SVS 2017, S. 6).

Er betont die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden, unterstützt einen interdisziplinären Ansatz und plädiert für einen stärkeren Einbezug der Akteure vor Ort. In diesem Sinne definiert der NAP fünf Handlungsfelder sowie 26 Massnahmen (SVS 2017, S. 27-29):

1. *Wissen und Expertise*: z.B. Lancierung von Forschungsprojekten, Aus- und Weiterbildungsangebote für Fachpersonen (Bildungs- und Asylwesen, Strafvollzug, religiös tätige Betreuungspersonen usw.), Anlaufstellen zu Religionsfragen, Stärkung von Instrumenten zur Risikoeinschätzung, Erarbeitung von pädagogischem Material

2. *Zusammenarbeit und Koordination*: Fach- und Beratungsstellen für die Thematik des gewalttätigen Extremismus, institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Staat und zivilgesellschaftlichen Vereinen, interreligiöser Dialog, Intensivierung der Vernetzungsarbeit der Polizei, Regelung des Informationsaustausches zwischen Behörden

3. *Verhinderung von extremistischem Gedankengut und Gruppierungen*: Verstärkung der Massnahmen zur Förderung der aktiven Bürgerschaft, der Demokratie und Verhinderung von Diskriminierungen, Bekämpfung von Radikalisierung via Internet mittels alternativer Narrative

4. *Ausstieg und Reintegration*: Massnahmenkatalog für den Ausstieg bzw. die Reintegration nach einem interdisziplinären Ansatz, Ausstiegsmassnahmen für Kinder und Jugendliche, Unterstützung von Fachpersonen für die Begleitung betroffener Familien

5. *Internationale Zusammenarbeit*: internationaler Austausch, aussenpolitisches Engagement

Losgelöst vom NAP wurden auch in einigen Regionen der Schweiz Einzelmassnahmen ergriffen. Bereits 2013 waren der Kanton Genf und die Stadt Winterthur von Risikofällen und später von Ausreisen betroffen. Nicolas Roguet aus Genf und Urs Alleman aus Winterthur äussern sich nachfolgend zu den jeweils in ihrer Region eingerichteten Strukturen.

«Wir verfolgen keinen sicherheitsbezogenen Ansatz» Gespräch mit Nicolas Roguet

Der Kanton Genf hat 2016 ein Instrument zur Verhinderung von Radikalisierungen eingeführt. Wie ist dieses Projekt entstanden und auf welche Bedürfnisse antwortet diese Massnahme?

Unsere Massnahmen sind in Folge der angespannten Lage entstanden, die seit 2015 nach den Attentaten in Frankreich und der ausführlichen Berichterstattung in den Medien über das Thema der Radikalisierung und der Ausreisen von Europäern nach Syrien vorherrschend ist. An einer Sitzung zwischen unserem Büro und der Fondation genevoise pour l'animation socioculturelle (FASE) haben wir gesehen, dass es eine Reihe von Anbietern im Bereich von Prävention und Radikalisierung gibt, die Personen ohne weitere Beratung und Expertise betreuen und entradikalisieren wollten. Wir hielten es für dringend geboten, die öffentlichen Angebote in diesem Bereich zu strukturieren, die verschiedenen betroffenen Institutionen zusammenzubringen und mit einzubeziehen. Als Massnahme haben wir eine Plattform mit drei Ebenen aufgebaut: politisch, interinstitutionell (Integration, Bildung und Sozialarbeit) und auf Vereinsebene. Damit werden zwei Hauptziele verfolgt: Erstens werden Antworten auf die Fragen, Zweifel und Befürchtungen der Bevölkerung gegeben, indem Informationen und eine professionelle Unterstützung angeboten werden. Zweitens werden Instrumente für ein gemeinsames Vorgehen unter den verschiedenen Fachleuten vor Ort entwickelt. Diese Instrumente umfassen Weiterbildungen, aber auch personalisierte Coaching-Methoden. In unserem Ansatz berücksichtigen wir die Tatsache, dass Radikalisierung nur ein Phänomen neben anderen ist und dass sie einhergeht mit sozialer Vulnerabilität, Schulabbruch usw. «Gardez le lien» soll diese Beratungs- und Interventionsarbeit sichtbar machen und in die Öffentlichkeit tragen.

Im Kanton Genf gab es fünf Fälle, in denen Personen nach Syrien und in den Irak ausgereist sind. Mit welchen Methoden und Instrumenten können diese Reisen verhindert werden?

Unsere Massnahme ist breiter angelegt und geht über die Frage der Ausreise hinaus. Wir wollen proaktiv tätig sein und eine umfassende sozialpädagogi-

sche Methode zur Verhinderung religiöser und politischer Radikalisierungen anbieten. «Gardez le lien» fasst die Grundlagenarbeit gegen Schulabbruch und sozialem Rückzug zusammen, die zentral für unseren Präventionsansatz ist. Wir haben dazu verschiedene Instrumente entwickelt, u.a. eine Help-Line, eine persönliche Betreuung, Schulungen und eine Website. Der Kern und die Stärke unserer Arbeit ist jedoch die interinstitutionelle Zusammenarbeit, die ein gemeinsames Netzwerk für die Behandlung problematischer Fälle sowie eine Kanalisierung von Informationen und der politischen Arbeit in den Blick nimmt.

Können Sie nach einem Jahr bereits sagen, welches die dringendsten Fragen der Ratsuchenden sind?

Bis im November 2017 haben wir 66 Fälle behandelt. Wir arbeiten hauptsächlich im Bereich der Deeskalation. Die Fälle sind äusserst unterschiedlich: z.B. Eltern, die sich Sorgen wegen des Übertritts ihres Kindes zum Islam machen und Angst haben, dass dieses nach Syrien reisen könnte; Lehrpersonen, die Fragen haben, weil Schüler Gewaltvideos schauen; eine Tante, die das plötzliche Interesse ihrer Nichte für Kurdistan beunruhigt usw. Unser Ansatz, und dies ist wichtig, ist nicht auf den Sicherheitsbereich ausgerichtet. Genau aus diesem Grund rufen uns die Leute auch an. Eine Mutter wird nicht die Polizei rufen, wenn sich ihr Sohn Enthauptungsvideos anschaut! In diesem Sinne ist unsere Herangehensweise sehr wirkungsvoll. Unser nicht auf den Sicherheitsbereich ausgerichteter Ansatz erlaubt es uns, die Situation zu entspannen, zu beruhigen und die Personen und ihre Angehörigen zu begleiten. Es gelingt uns damit beispielsweise, dass die Familien enger zusammenrücken, ein Kind die Schule nicht abbricht, Konvertiten, die an fragwürdigen Orten beten, darauf aufmerksam gemacht und intensiver begleitet werden. Unser Projekt ermöglicht eine ausgewogene, überlegte und professionelle Reaktion. Der Fall wird nur an die Polizei weitergeleitet, wenn dies aus Sicherheitsgründen wirklich notwendig ist. Das war bis heute nur in fünf Fällen nötig.

Arbeiten Sie mit muslimischen Vereinen der Region zusammen? Wenn ja, nach welchen Kriterien suchen Sie Ihre Partner aus?

Ja, natürlich. Anlässlich einer Präsentation der Studie von Miryam Eser Davolio (siehe Literaturverzeichnis) über die Hintergründe von Radikalisierung in der Schweiz habe ich die Vertreter der muslimischen Vereine gefragt,

ob sie sich ein Engagement des Kantons Genf auf dem Gebiet der Prävention wünschen. Ihre Antwort war einstimmig «Ja, wir brauchen Eure Hilfe». Wir haben ihnen unser Massnahme vorgestellt. Da für sie inzwischen klar ist, dass unser Projekt nicht sicherheitsbezogen ist, arbeiten wir zusammen. Unsere Partner sind die wichtigsten muslimischen Vereine von Genf, mit ihnen stehen wir seit fast zehn Jahren beinahe täglich in Kontakt. Wir arbeiten mit allen Vereinen zusammen. Wir begleiten sie, um in Einzelfällen Lösungen zu finden. Im Pflichtenheft des Integrationsbüros ist der Dialog mit den religiösen Vereinen aufgeführt. Es ist unsere Verantwortung, Beziehungen zu den Vereinen zu unterhalten, auch mit jenen, welche in der Öffentlichkeit mitunter problematische Positionen vertreten. Darin liegt auch unsere Stärke. Wir kennen die Partner. Wir haben zu ihnen ein Vertrauensverhältnis aufgebaut; das hilft uns, Fortschritte zu erreichen.

Welche neuen Herausforderungen zeigen sich nach einem Jahr für Sie in Ihrer Arbeit?

Ich stelle drei Prioritäten fest. Erstens die Betreuung von Personen, die aus Syrien zurückkehren. Zweitens die Prävention von Diskriminierungen, die zu einer Radikalisierung führen können. Drittens die Entwicklung von nachhaltigen Projekten vor Ort, von konkreten Aktionen mit den Vereinen. Bis heute haben wir uns hauptsächlich mit den Interventionsinstrumenten, den Berufspraktiken und den gemeinsamen Netzwerken beschäftigt. Nun gilt es, Präventionsprojekte in Zusammenarbeit mit den Vereinen zu entwickeln. Das ist eine echte Herausforderung. Unser Projekt zielt auf die gewalttätigen, religiösen und politischen Radikalisierungen ab. Wir müssen die Dynamiken, die solchen extremistischen Phänomenen zugrunde liegen, effektiv einschätzen und ihnen zuvorkommen können.

«Die Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen und die Schulung von Schlüsselpersonen ist wichtig» Gespräch mit Urs Allemann

Im Jahr 2016 eröffnete Stadt Winterthur eine Abteilung zur Bekämpfung von Extremismus und Gewalt. Können Sie uns sagen, an wen sich dieser Dienst richtet?

Zunächst bietet sie eine niederschwellige Anlaufstelle für die Bevölkerung von Winterthur. Daneben hat die Fachstelle die Aufgabe, das Fachwissen innerhalb der Stadtverwaltung zu bündeln, die relevanten Akteure miteinander zu vernetzen und in Kooperation mit anderen Stellen gezielte Interventionen bei Gewaltbereitschaft durchzuführen. Die Fachstelle hat innerhalb der Stadtverwaltung den fachlichen Lead in der Prävention und Früherkennung von gewalttätigem Extremismus. Die Analyse der Gesamtsituation in Winterthur, die konkreten Aufgaben der Fachstelle und der Aufbau von verlässlichen Kooperationsstrukturen und Abläufen werden im laufenden Betrieb kontinuierlich weiterentwickelt. So können verhältnismässige und zielgerichtete Massnahmen aufgrund von Verdachtsfällen und Anfragen massgeschneidert konzipiert werden.

Die Fachstelle hat vom Stadtrat explizit den Auftrag, die Extremismus- und Gewaltprävention auf dem bestehenden Präventionsnetzwerk aufzubauen. Wichtige Kooperationspartner in diesem Bereich sind Akteure aus den Bereichen Integration, Polizei, Sozialarbeit und Schule.

Welche Personen kontaktieren die Fachstelle für eine Beratung zum Thema «Radikalisierung»?

Zu den Ratsuchenden gehören insbesondere Fachpersonen wie Lehrkräfte, Sozialarbeitende und Berufsbildner, Angehörige wie Eltern oder Geschwister, Privatpersonen wie Nachbarn und Vertreter von Moscheen. Die Nachfrage nach Beratungen ist konstant: Innert des ersten Jahres wurden 48 Beratungen durchgeführt, davon 17 in den ersten drei Monaten. Dreimal musste der Gewaltschutz der Polizei involviert werden, einmal davon in den ersten drei Monaten. Jugendliche sollen in Zukunft noch direkter im digitalen Raum angesprochen werden. Schon jetzt ist die FSEG über die Jugend-App der Jugendinfo Winterthur erreichbar. Über eine Chatfunktion

können sich Jugendliche anonym und niederschwellig an die Fachstelle wenden.

Welches sind die grössten Ängste und die am meisten gestellten Fragen in der Beratung?

Es melden sich vor allem Personen, die mit Menschen zu tun haben, die durch extreme Auffassungen auffallen. Sie benötigen Unterstützung in der Einschätzung von Situationen im Berufs- oder Familienalltag. «Wie kann ich mich verhalten, damit ich den Kontakt mit der Person nicht verliere?», ist eine häufige Frage. Eine Frage, die natürlich mit der verbreiteten Verunsicherung durch die terroristischen Ereignisse rund um den Globus im Zusammenhang steht. Es ist wichtig, dass Personen mit extremen politischen oder religiösen Ansichten nicht vorschnell stigmatisiert und so weiter in die Radikalisierung getrieben werden. Es ist zwischen Strenggläubigkeit und Gewaltbereitschaft zu unterscheiden. Menschen brauchen ein starkes, positives Umfeld sowie berufliche und private Perspektiven, damit sie nicht in eine Radikalisierungsspirale geraten.

Vier junge Leute aus der Region Winterthur sind nach Syrien ausge-reist. Über welche Instrumente verfügt die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention, um solche Fälle zu verhindern?

Um das direkte Umfeld von gefährdeten Personen zu erreichen, bietet die FSEG vertrauliche – auf Wunsch auch anonyme – Beratungen in verschiedenen Sprachen an. Die Fachstelle verfügt über Werkzeuge zur Situationsanalyse, zur Erkennung möglicher Warnsignale und zur Risikoabschätzung. Mögliche Massnahmen reichen von Beratung und Coaching über Vermittlung an spezialisierte Fachleute, z.B. aus Psychologie, Psychiatrie oder Kindes- und Erwachsenenschutz, bis hin zur Meldung bei der Polizei. Damit die Extremismusprävention möglichst viele Personen erreicht, ist auch die Wissensvermittlung an Multiplikatoren entscheidend, also die Schulung von Schlüsselpersonen aus Schule, Sozial-, Quartier- und Jugendarbeit und religiösen Gemeinschaften. So kann bei Anzeichen von möglicher Radikalisierung die Fachstelle rasch beigezogen werden.

Arbeitet die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention mit muslimischen Verbänden zusammen?

Alle bisherigen Erkenntnisse aus dem In- und Ausland zeigen, dass für den Umgang mit Extremismus nicht nur eine gut funktionierende interdisziplinäre, sondern auch interinstitutionelle Zusammenarbeit unabdingbar ist. Winterthur misst in der Extremismusprävention der Kooperation mit den lokalen Moscheen einen entsprechenden Stellenwert bei. Für die Zusammenarbeit mit den Moscheevereinen ist die Kerngruppe Extremismus und Gewaltprävention zuständig. Neben mir gehören zu dieser Gruppe der Fachstellenleiter Integrationsförderung und der Brückenbauer der Stadtpolizei. Die Kerngruppe steht den Moscheen beratend bei, damit sie konfliktfrei ihre kulturellen und religiösen Aktivitäten durchführen können. Um dieses Ziel zu erreichen, ist die Kerngruppe interdisziplinär zusammengesetzt und arbeitet mit präventiven, integrativen und wenn nötig mit polizeilichen Mitteln. Zu beachten ist, dass die Vorstände der Moscheevereine oder einzelne Mitglieder der Vorstände in aller Regel die Führung in der Zusammenarbeit innehaben.

Ein Imam, der in einer Winterthurer Moschee predigte, wurde im November 2017 wegen Aufforderungen zu Verbrechen und Gewalt verurteilt. Welche Rolle misst die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention den Imamen bei?

Viele Moscheen beschäftigen keinen Imam, der dauerhaft die Gebete anleitet. Die Fluktuation der Imame ist meistens recht gross. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit und Schulung von Schlüsselpersonen aus den Moscheevorständen. Hier können nachhaltige Kooperationen entwickelt werden, die auf gegenseitigem Vertrauen aufbauen. Dieser Prozess ist für eine erfolgreiche Extremismusprävention entscheidend. In der Beratung von Angehörigen kann die Zusammenarbeit mit Imamen nötig sein. Etwa wenn Angehörige oder Fachpersonen seelsorgerische Beratung aus dem islamischen Umfeld wünschen, zieht die Fachstelle dafür geeignete Imame bei.

3. Die muslimischen Vereine: Akteure oder Objekte der Prävention?

Der Nationale Aktionsplan (NAP) basiert auf den internationalen Empfehlungen der Prävention von gewalttätigem Extremismus (PVE) der UNO, wovon eine lautet, religiöse Gemeinschaften und Führer in die Entwicklung von Präventionsmassnahmen einzubeziehen (UNO 2016, S. 4). Die PVE unterscheidet drei Ebenen von Massnahmen:

- *Makroebene*: Massnahmen, welche die ganze Gesellschaft betreffen
- *Mesoebene*: Massnahmen, die sich an eine spezifische Gruppe (Geschlecht, Alter) oder eine Gemeinschaft wenden (Religion, Ethnie, Sprache)
- *Mikroebene*: Massnahmen, die sich auf Einzelpersonen beziehen

Fabien Merz und Darius Farman (2017) haben die Aktivitäten der muslimischen Vereine in der Schweiz auf dem Gebiet der Prävention untersucht. Sie stellen fest, dass diese auf allen drei Ebenen aktiv sind. Auf der Makroebene arbeiten die muslimischen Vereine an der Stärkung der Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihren Gemeinschaften, den Behörden und der Gesellschaft. Sie organisieren beispielsweise Tage der offenen Tür in ihren «Moscheen», laden die Behörden oder die Bevölkerung zum gemeinsamen Essen anlässlich des Fastenbrechens ein und engagieren sich in interkulturellen und interreligiösen Aktivitäten. Sie organisieren sich gemeinsam als Dialogpartner für die Behörden (Monnot 2013). Sie bemühen sich auch, auf ihren Webseiten, in Pressemittellungen oder an öffentlichen Tagungen die im Namen des Islams verübte Gewalt zu verurteilen. Auf der Mesoebene bieten die Vereine Sprachkurse (Deutsch bzw. Französisch) und islamischen Religionsunterricht an. Das Verständnis der theologischen und historischen Grundlagen des Islams ist eine wichtige Präventionsmassnahme. Zudem entwickeln sie auch einen Seelsorgedienst in den öffentlichen Institutionen (z.B. in Gefängnissen) und tragen zur Ausbildung von Imamen bei. Die Professionalisierung der Seelsorge und der Tätigkeiten der Imame gehören ebenso wie Gespräche und die Begleitung von Einzelpersonen zu den zu den Massnahmen auf der Mikroebene (Schmid, Schneuwly Purdie, Sheikhzadegan 2017, S. 34).

Sich enthalten oder handeln?

Auch wenn viele muslimische Vereine Anlässe oder Aktivitäten im Sinne der PVE-Massnahmen durchführen, wäre es falsch daraus zu schliessen, dass dies alle oder alle im gleichen Umfang tun. Die Workshops rund um das Thema Radikalisierung boten den muslimischen und nichtmuslimischen Referenten Gelegenheit, sich konkret zu den Präventionsmassnahmen und den existierenden (oder nichtexistierenden) Formen der Zusammenarbeit zwischen den muslimischen Vereinen, den lokalen Behörden und generell der Zivilgesellschaft zu äussern. Aus den Diskussionen ging hervor, dass bei muslimischen Vereinen vier Herangehensweisen an das Phänomen unterschieden werden können:

Erstens, der Ansatz der Enthaltung, bei dem die Vertreter von Vereinen zum einen jeglichen Zusammenhang zwischen dem «dschihadistisch motivierten Terrorismus» (TETRA 2017) und dem Islam in Abrede stellen. Sie lehnen jeglichen Kausalzusammenhang ab und vertreten die Auffassung, dass die Terroristen den Islam nicht verstanden hätten und deshalb keine Muslime seien. Vereine, die diese Ansicht vertreten, sehen es nicht als ihre Aufgabe, sich in Bezug auf Prävention zu engagieren. Obschon Terrorakte islamisch legitimiert werden, sehen sie ihrerseits keinen Handlungsbedarf. Da der von den «Dschihadisten» skizzierte Islam nicht der ihrige ist, sind sie der Meinung, dass es nicht in ihrer Verantwortung liegt, irgendetwas zu verurteilen. Diese Haltung kann auch als defensiv bezeichnet werden. In einem gesellschaftlichen Klima, das Muslimen und ihren Gemeinden bisweilen feindlich gesinnt ist, erachten es manche bisweilen für klüger, sich nicht öffentlich zu äussern. Diese Reserviertheit bzw. das Schweigen zur möglichen Rolle religiöser Ideologien für die Legitimation von Gewalt kann umgekehrt dazu beitragen, dass Muslime unter Generalverdacht geraten.

Zweitens, der indirekte Ansatz, der die Verantwortung bei den muslimischen Vereinen sieht, zeigt auf, dass der Extremismus nicht zu ihren Wertvorstellungen gehört, obwohl einige Personen im Namen des Islams Gewalt anwenden. Um das Bild eines gewaltbereiten Islams zu korrigieren, organisieren sie öffentliche Veranstaltungen zu Themen wie Respekt, Frieden, Toleranz usw. In vereinsinternen Kursen betonen sie, dass sich die Religion an den Kontext anpassen muss, in dem Muslime leben.

Drittens, der unterstützende Ansatz, bei dem die Vereine Probleme identifizieren, den eigenen Anteil an Verantwortung wahrnehmen und ihre Kompetenzen besorgten Personen oder Familien sowie staatlichen Stellen anbieten: Beratung in theologischen Fragen, Mediation in kulturellen oder familiären Fragen, finanzielle Unterstützung. Der Verein ist hier nicht selbst Träger von Massnahmen, aber seine Mitglieder können sich als Akteure engagieren.

Viertens, der direkte Ansatz, bei dem Radikalisierung nicht nur als Problem der muslimischen Gemeinschaft, sondern der ganzen Gesellschaft angesehen wird und von daher sich die Vereine auch in einer Verantwortung sehen. Dies setzt voraus, dass sich diese organisieren und verschiedene Arten von Leistungen sowohl intern (Gemeinschaft) als auch extern (Gesellschaft) anbieten, u.a. Schulungen zum Thema Radikalisierung, Arbeitsgruppen zu sozialpädagogischer Begleitung, Predigten und Religionsunterricht zu den Koranversen, die von Terroristen verwendet werden, um Attentate zu rechtfertigen.

«Unser Ansatz berücksichtigt die unterschiedlichen Zugehörigkeitssysteme junger Menschen»

Gespräch mit Chaouki Daraoui

Herr Daraoui, Sie sind Pädagoge und haben eine Gruppe von muslimischen Fachleuten aufgebaut, die bei radikalisierten oder gefährdeten Jugendlichen und jungen Erwachsenen interveniert. Können Sie uns etwas über die Entstehung der Gruppe und ihre Arbeitsmethode erzählen?

Die Gruppe ist im Rahmen meiner sozialen Aktivitäten in der Union vaudoise des associations musulmanes (UVAM) entstanden. Als Pädagoge habe ich vor einigen Jahren JobCoaching-Workshops für junge Musliminnen und Muslime entwickelt, die sich ausgegrenzt fühlen, weil sie Mühe haben, einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz zu finden. Ausgehend von meiner beruflichen Praxis und meiner Vereinstätigkeit habe ich potenziell gefährdeten Jugendlichen die Gelegenheit gegeben, berufliche Erfahrungen zu sammeln. 2016 wurde die UVAM von einer Gemeindeverwaltung wegen eines besorgniserregenden Falls kontaktiert. Die Gemeindeverwaltung hat Vertreter der verschiedenen von der Radikalisierungsproblematik betroffenen Stellen zusammengebracht und wir wurden zu einigen Sitzungen eingeladen. Nach diesen Treffen habe

ich mit Pascal Gemperli (Präsident der UVAM von 2012 bis 2018) darüber gesprochen, dass meiner Meinung nach die Radikalisierung ein hochaktuelles Thema ist, auf das wir uns als Muslime vorbereiten müssen. Was können, aber auch was müssen wir als Gemeinschaft tun? Als Folge davon haben wir eine Gruppe für muslimische sozialpädagogische Arbeit gegründet, die sich aus Fachleuten aus den Bereichen Sozialpädagogik und Psychologie zusammensetzt. Muslimisch deshalb, weil es unserer Meinung nach von Vorteil ist, beim Aufbau eines Vertrauensverhältnisses mit einem jungen Muslim selber Muslim zu sein. Ich habe einige Nachforschungen betrieben und verschiedene Personen kontaktiert: einen Sozialpädagogen, einen Imam und zwei Psychologen. Ich habe ihnen vorgeschlagen, eine Arbeitsgruppe für die Begleitung und die Prävention für Fälle von Extremismus zu schaffen. Zu Beginn war der Austausch unter uns nicht sehr einfach: Jeder hatte seine eigene Arbeitsmethode, sein Profil und es waren einige Treffen nötig, um ein Projekt mit einem klaren Ansatz zu entwerfen, in dem jeder seinen Platz und seine Rolle finden konnte. Wir haben uns für eine systemische Methode entschieden. Der radikalisierte Jugendliche ist ein Teil von Systemen der Zugehörigkeit: Die Familie bildet ein System. Die Religion bildet ein System. Die Gruppen von Freunden, einschliesslich in den sozialen Netzwerken, bilden Systeme. Es ist folglich nicht möglich, ein Thema losgelöst von seinen Zugehörigkeitssystemen zu behandeln. In unserem Betreuungsraster ist jeder dafür verantwortlich, die Person in einem seiner Systeme zu betreuen. Die Betreuung umfasst drei Dimensionen: die physische, die psychische und die spirituelle Dimension. Wir versuchen zu erreichen, dass der Jugendliche sein Leben in allen drei Bereichen wieder selber in die Hand nimmt. Die erste Herausforderung besteht jedoch darin, mit dem Jugendlichen in Kontakt zu treten, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen, ihm zu vermitteln, dass wir da sind, um ihm zu helfen und nicht, um über ihn zu urteilen.

Inwiefern unterscheidet sich Ihre Gruppe von anderen Strukturen zur Prävention von Radikalisierung?

Ich würde sagen, sie unterscheidet sich in drei Aspekten: Erstens sind sämtliche Fachpersonen Teil der muslimischen Gemeinschaft. Dies erlaubt es uns beispielsweise, ein Hadith oder einen Koranvers, den die Person vorbringt, einzuordnen und ihr eine andere Interpretation vorzuschlagen. Als Muslime sind wir ebenfalls bereit, uns mit der Person über den Koran oder die Sunna

(Tradition des Propheten) auszutauschen. Zweitens ist unser Ansatz auf die Begleitung ausgerichtet. Unserer Ansicht nach ist es langfristig gesehen wirkungslos, die Person aus ihrem Umfeld zu reißen. Es ist besser, sie beim Wiederaufbau ihrer Zugehörigkeitssysteme zu begleiten. Unser Ziel ist es, dass der Jugendliche sein Leben selber verändert. Als Arbeitsgruppe versuchen wir, die Voraussetzungen für diese Veränderung zu schaffen. Wir begleiten die Veränderung, sagen der Person jedoch nicht, was sie zu tun hat. Damit verändern wir nicht seine Zugehörigkeitssysteme, sondern die Regeln, wie diese funktionieren. Wir wollen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Person ein Gleichgewicht zwischen sich selber, den sozialen Codes und dem System wiederfindet. Die Wiederherstellung des Vertrauens in das System ist ebenfalls ein wichtiges Element. Viele radikalisierte Jugendliche sind nämlich gegen den Status quo. Sie formulieren eine Gesellschaftskritik und schieben die Schuld für ihr Scheitern dem System in die Schuhe. In unserem Ansatz zwingen wir die Person nicht dazu, irgendetwas zu tun oder zu lassen. Wir präsentieren ihr Alternativen. Da es kein Patentrezept gibt, erscheint es uns umso wirkungsvoller, eine Methode der Begleitung zu entwickeln, die sich an jeden Einzelfall anpassen kann. Drittens verleiht das Zusammentreffen von unterschiedlichen Berufsprofilen unserer Gruppe eine pädagogische Stimmigkeit.

Welches ist Ihrer Erfahrung nach der wirksamste Schutz vor Radikalisierung bei Jugendlichen?

Wie ich bereits erwähnt habe, gibt es kein Patentrezept. Meiner Meinung nach sind es Offenheit, die vorurteilslose Begegnung und eine persönliche Betreuung. Zuhören. Empathie. Der Jugendliche muss sich sicher fühlen. Bis heute wird eher reagiert und die bestehenden Angebote befassen sich weniger mit der Begleitung der Jugendlichen. Ich denke jedoch, dass eher der Weg einer Begleitung zu bevorzugen ist. Diese muss an das Geschlecht, das Alter, die familiäre, persönliche und kognitive Situation des Jugendlichen angepasst sein.

Wie gehen Sie in Ihrer beruflichen Praxis als Pädagoge damit um, dass einige junge Menschen sich von einer Interpretation des Islams angezogen fühlen, die Gewalt fördert?

Ein Jugendlicher, der dazu neigt, sich von einem radikalen Diskurs verführen zu lassen, ist häufig ein Jugendlicher, der dem System gegenüber sehr

misstrauisch ist. Zudem hat er Mühe, in ihm seinen Platz zu finden. Der Diskurs des Islamischen Staates bietet ihm eine Alternative. Die Alternative, ein Retter zu sein, überhaupt ein Jemand zu sein! Der am Rande der Gesellschaft stehende und ausgegrenzte Jugendliche kann so zum Helden, zum Retter werden. Dieser Diskurs legt den Finger auf eine offene Wunde, er weiss, wie er den Jugendlichen dort erreicht, wo er empfänglich ist. Ich bin deshalb überzeugt, dass der Austausch und das Zuhören Schutz bieten. Wer über theologische Kenntnisse – sozusagen eine theologische Toolbox – verfügt, kann auch auf dem Gebiet der Religion in Kontakt treten und den negativen Diskursen entgegenwirken. Leider fehlt es uns an Orten, wo die jungen Muslime hingehen und Leute treffen können, die ihre Fragen kontextbezogen beantworten können.

Welchen Rat können Sie aufgrund Ihrer Erfahrung den Behörden geben, um die Zusammenarbeit mit den islamischen Gemeinschaften in Bezug auf die Prävention von Radikalisierungen zu verbessern?

In erster Linie ist ein echtes Vertrauensverhältnis nötig. Dann Transparenz. Schliesslich muss die Zusammenarbeit eine echte Partnerschaft darstellen. Es darf nicht das Gefühl aufkommen, nur punktuell gebraucht zu werden. Es muss am Respekt vor den Kompetenzen und den Handlungsfeldern jeder Partei gearbeitet werden. Meiner Meinung nach ist es eine grosse Herausforderung für den Staat, die richtigen Ansprechpersonen und Partner zu finden. Ich würde ihnen raten, ausserhalb der muslimischen Vereine zu suchen. Man muss realistisch sein, nicht alle Imame sind auch kompetente Imame. Es müssen die richtigen Personen gefunden werden, jene, die sich dem Phänomen der Radikalisierung bewusst sind. Personen, die nicht dramatisieren, das Problem aber auch nicht klein reden, sondern ernst nehmen. Wir Muslime in der Schweiz leben unser Leben hier. Wir sind nicht auf der Durchreise. Wir müssen daher aktiv sein und den Herausforderungen, vor denen unsere Gemeinschaft steht, Rechnung tragen und aktiv an einer Lösung mitarbeiten. Das Problem der Radikalisierung von Jugendlichen liegt auch in unserer Verantwortung.

Was wäre für Sie ein Kriterium für den richtigen Ansprechpartner der Behörden?

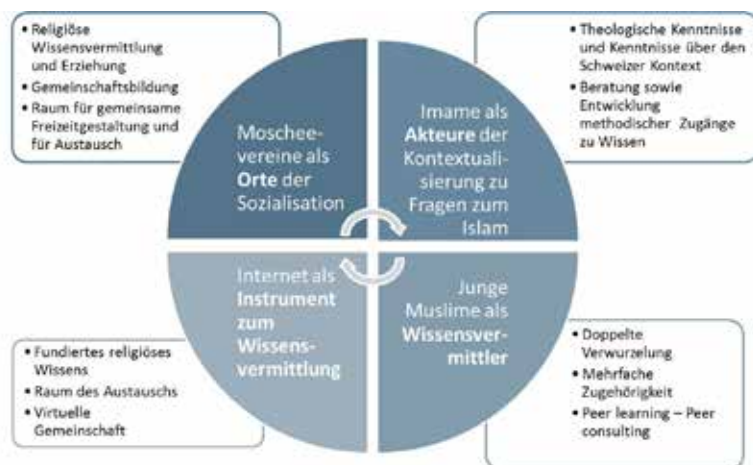
Erstens muss es eine Fachperson sein. Sie muss über die pädagogischen Pro-

zesse und deren Eingliederung in die Systeme der Zugehörigkeit reflektieren können. Zweitens braucht es Personen, die Erfahrungen mit der muslimischen Gemeinschaft haben. Für gefährdete Jugendliche ist es ein starkes Signal, von Berufspersonen aus ihrer eigenen Gemeinschaft betreut zu werden, die darlegen: Es ist möglich in der Gesellschaft erfolgreich zu sein, sogar wenn man ein Kopftuch trägt beispielsweise. Man kann Fachperson, Bürger und Muslim sein. Diese Botschaft gilt es zu übermitteln.

Die Interventionsbereiche der muslimischen Organisationen: Hindernisse und Herausforderungen

Unabhängig von ihren Interventionsmodalitäten können die muslimischen Organisationen in vier Hauptbereichen aktiv werden.

Abbildung 2: Interventionsbereiche von muslimischen Organisationen (Schaubild SZIG)



Jeder dieser Bereiche eröffnet vielversprechende Perspektiven, stösst jedoch auch auf Hindernisse.

Die Moscheevereine als Orte der Sozialisation

Die muslimischen Vereine, die eine «Moschee» und weitere Lokalitäten unterhalten, engagieren oft nicht einfach nur einen Imam, um das Gebet zu leiten. Sie führen darüber hinaus Aktivitäten durch, um die Sprache und die Kultur der Herkunftsländer zu vermitteln und bieten Religionsunterricht (Geschichte des Islams, das Leben des Propheten, der Koran) an; sie organisieren Anlässe während der religiösen Feiertage oder bei Hochzeiten usw. (Schmid, Schneuwly Purdie, Lang 2016, S. 43-65). Die «Moscheen» sind demnach Orte, an denen religiöse Kompetenzen vermittelt werden, aber auch Orte der Gemeinschaftsbildung (Orte, die soziale Bindungen schaffen) und der Geselligkeit. Als Sozialisierungs- und Gemeinschaftsräume können die muslimischen Vereine einen Schutz vor Radikalisierung bieten, in dem Sinne, als sie orientierungslosen Personen einen Raum der Zugehörigkeit bieten können. Es kann jedoch auch die Gefahr bestehen, dass die Gemeinschaftsbildung in einen geschlossenen Kommunitarismus umschlägt und die Personen aus ihren anderen Räumen der Zugehörigkeit herauslöst werden, anstatt dass ihnen aufgezeigt wird, wie unterschiedliche Facetten der Identität zusammengedacht werden können. Die Einbindung der muslimischen Vereine in das nichtreligiöse Vereinswesen ist demnach eine zusätzliche Präventionsmassnahme. Die muslimischen Vereine können schliesslich auch als Strukturen fungieren, an die sich Familien oder Freunde bei Fragen oder Ängsten im Zusammenhang mit dem Verhalten einer nahestehenden Person wenden können. Die muslimischen Vereine müssen sich aber auch in der Begleitung von Risikopersonen verantwortungsbewusst und wachsam zeigen. Sie müssen die externen Unterstützungsnetzwerke kennen und eine gefährdete Person weiterleiten können. Sie haben zudem eine Verantwortung, was die Meldung von gemeingefährlichem Verhalten betrifft.

Imame und Religionslehrerinnen und -lehrer als Akteure der Kontextualisierung

Die Imame spielen in den «Moscheen» eine wichtige Rolle: Sie leiten die täglichen Gebete, predigen regelmässig und erteilen Religionsunterricht (Schmid, Schneuwly Purdie, Lang 2016, S. 65 – 75). Sie sind jedoch nicht die einzigen, die Religionsunterricht durchführen. In vielen muslimischen Vereinen werden sie von Frauen und Männern unterstützt, welche den Religions-

unterricht für verschiedene Gruppen übernehmen: Kinder, Jugendliche, Frauen oder Konvertiten. Diese Religionslehrerinnen und -lehrer können als bevorzugte Akteure für die Prävention fungieren, denn sie stehen in Kontakt mit den Jugendlichen, sie kennen und betreuen sie. Sie tragen daher eine Verantwortung, sie in den Grundlagen zu unterrichten, indem sie die Auslegung des Korans und der Sunna in einen Zusammenhang mit den verschiedenen Epochen stellen. In einem Workshop erklärte beispielsweise eine Religionslehrerin, wie sie die Jugendlichen in die Religion einführt. In erster Linie betonte sie, wie wichtig es sei, eine positive Beziehung mit Gott zu haben und ein positives Bild des Menschen zu entwickeln, unabhängig von seiner religiösen Zugehörigkeit. Weiter wies sie auf die Dringlichkeit hin, den Religionsunterricht im Alltag zu verankern und ihn an das Alter der Jugendlichen anzupassen. Ein kontextloser Religionsunterricht könne dazu beitragen, eine Person zu entwurzeln, statt sie in ihrem Umfeld und ihrer Alltagsrealität zu verankern. Zum andern erinnerte die Religionslehrerin daran, dass der Religionsunterricht aktuelle Geschehnisse berücksichtigen müsse und nicht die Augen verschliessen dürfe vor Koranversen, die von Krieg und Kämpfen sprechen. Letztere müssten auf kritische Weise angegangen werden, damit die Jugendlichen (aber nicht nur sie) ihren kontextbezogenen Ursprung, aber auch ihre historische und aktuelle Tragweite verstehen. Ein proaktiver pädagogischer Kontextualisierungsansatz kann dazu beitragen, eine Radikalisierung zu verhindern.

Damit die Imame und die Religionslehrerinnen und -lehrer als professionelle Akteure der Prävention fungieren können, müssen sie bestimmte Kriterien erfüllen: Sie müssen theologische Kompetenzen besitzen, aber auch Kenntnisse des lokalen Kontextes haben, in welchem sie tätig sind (Schmid, Schneuwly Purdie, Sheikhzadegan 2017, S. 73-76). Sie müssen eine begleitende und beratende Funktion übernehmen und geeignete Methoden für den Zugang zu gegenwartsbezogenem Wissen über Religion entwickeln können. Als Imam in der Schweiz zu arbeiten wie auch Religionsunterricht zu erteilen sind auch heute noch Bereiche, in denen viele Freiwillige mit unterschiedlichen Lebensläufen und Ausbildungen tätig sind. Die weitere Professionalisierung dieser Funktionen scheint daher für die Prävention zwingend notwendig zu sein.

Internet als Instrument zur Wissensvermittlung

Im Zeitalter der Information und der Digitalisierung des Wissens ist das Internet zu einem wichtigen Vermittlungsinstrument geworden. Die muslimischen Vereine nutzen dieses Instrument noch nicht genügend, um mit ihren Mitgliedern und generell mit der Gesellschaft zu kommunizieren. Einige «Moscheen» bemühen sich seit einigen Jahren, ein im heutigen Kontext der Schweiz verankertes religiöses Wissen zu entwickeln. Das Internet könnte als Instrument für die Bildung eines breiteren Publikums dienen und nicht nur die Mitglieder oder Personen erreichen, welche den physischen Ort, also die muslimischen Einrichtungen besuchen. Heute ist das Internet stark von Webseiten salafistischer Prediger geprägt. Die Informationen, die der unerfahrene Internetnutzer dort findet, sind häufig nicht referenziert. Die Verfasser der Texte bleiben anonym und deren Inhalte schreiben den Lesern Verhaltensweisen vor, ohne sie zu Kritik und Verantwortungsbewusstsein aufzufordern. Eine Professionalisierung der Kommunikation der Vereine, insbesondere in Bezug auf ein kontextualisiertes theologisches Rüstzeug, könnte eine Präventionsmassnahme darstellen. Für die Jugendlichen dient das Internet auch als Netzwerk für die Vergemeinschaftung. Eine weitere Präventivmassnahme könnte die Schaffung von Online-Communities sein, in denen sich Muslime und Nichtmuslime informieren können.

Jugendliche als Wissensvermittler

Die muslimischen Vereine stehen an einem Scheideweg. Sie werden immer noch weitgehend von Personen der ersten Generationen von Muslimen in der Schweiz geleitet. Die angebotenen Aktivitäten und die Einbindung in die Gesellschaft entsprechen mitunter nicht dem Alltag und den Erwartungen der jungen Generationen und dem Leben in der Schweiz (Schmid, Schneuwly Purdie, Lang 2016, S. 82-88). Die Jugendlichen, denen daran gelegen ist, religiöses Wissen zu erwerben, sind hingegen Experten ihres lokalen Umfelds: Sie sind häufig in der Schweiz geboren, haben die hiesigen Schulen besucht, einen ersten Abschluss gemacht, haben hier ihren Freundeskreis usw. Während die Religion für einige von ihnen nur eine untergeordnete Rolle für ihre Identität spielt, möchten andere ihrer religiösen Praxis im schweizerischen Kontext einen Sinn geben und ihre Identität ausgehend von ihren vielfältigen Zugehörigkeiten entwickeln. Diese Kenntnis des Umfelds stellt eine Ressource dar,

die vermehrt für Bildungsangebote genutzt und in die interne wie externe Kommunikation integriert werden sollte. Wenn Jugendlichen Raum für ihre Fragen und Erfahrungen gegeben wird, trägt dies dazu bei, Identitätsproblemen entgegenzuwirken, welche auf eine Radikalisierung hinauslaufen können.

«Die Rolle des Imams ist vorwiegend präventiv» Gespräch mit Rejhan Neziri

Wenn es um Radikalisierung geht, wird regelmässig auch die Rolle der Imame erwähnt. Welche Rolle könnten Ihrer Meinung nach die Imame bei der Prävention von Radikalisierungsprozessen einnehmen?

Die Rolle des Imams ist in diesem Zusammenhang vorwiegend präventiv. Seine Tätigkeit in der Moscheegemeinde, unter anderem mit der jüngeren Generation, ist darauf fokussiert, dass wir den jungen Menschen ermöglichen, ihre Religion aus verschiedenen Perspektiven kennenzulernen und zu verstehen, dass sie die Moscheeaktivitäten aktiv mitgestalten, aber auch wichtige Funktionen in der Führung der Moscheegemeinde übernehmen. Die Aktivitäten mit den Jugendlichen decken eine breite Palette ab von Sport, über Kultur bis hin zu religiösen Aktivitäten, wie gemeinsamen Gebeten in der Moschee oder dem Besuch des Religionsunterrichts. Damit wird angestrebt, dass sie sich in der Freizeit sinnvoll beschäftigen, in einer Gemeinde eingebettet sind und sich mit Gleichaltrigen austauschen können.

Wie gehen Sie in Ihrer beruflichen Praxis als Imam damit um, dass einige junge Menschen sich von einer Interpretation des Islams, die Gewalt fördert, angezogen fühlen könnten?

Junge Menschen können während einer schwierigen Phase in ihrem Leben besonders gefährdet sein und sich von religiösem Radikalismus angezogen fühlen. Wir versuchen religiöse Gegen narrative oder alternative Narrative zu entwickeln, welche einer falschen Interpretation des Islams vorbeugt, indem wir bei unseren Treffen mit Jugendlichen, in unseren Predigten und im Religionsunterricht die lebensbejahende und friedentiftende Lehre des Islams betonen und uns klar gegen extremistische Ideologien positionieren. Mit alternativen Narrativen meine ich auch die Präsentation von positiven, erfolgreichen muslimischen Persönlichkeiten, wie etwa bekannte Sportler,

Sänger, Rapper und Schriftsteller aus der Schweiz, Deutschland, Österreich und weiteren Ländern. Im Übrigen müssen wir auch bedenken, dass Empfänglichkeit für extremistische Ideologien sich nicht allein auf Ebene religiöser Auseinandersetzung vollzieht und verhindert werden kann. Mittlerweile wissen wir, dass psychosoziale Faktoren die Empfänglichkeit begünstigen und daher nicht ausser Acht gelassen werden sollten.

Ist Radikalisierung ein Thema, das Sie in Ihrem Unterricht oder in Ihren Predigten thematisieren? Wenn ja, in welcher Form?

Selbstverständlich. Über solche Themen nicht zu sprechen, wäre wie in einer anderen Welt zu leben. Wir haben uns klar und entschieden gegen Radikalismus und Extremismus jeglicher Form ausgesprochen und alle Missetaten, die im Namen des Islams ausgeübt worden sind, auf Schärfste verurteilt. Wir haben etliche Male in unseren Predigten den offenen Brief von über 120 muslimischen Gelehrten an al-Baghdadi angesprochen und ihn zitiert. In diesem Brief werden die Verbrechen des IS verurteilt und die Behauptung des IS, im Namen des Islams zu handeln, widerlegt. So verbietet es der Islam beispielsweise islamische Rechtsurteile zu sprechen, ohne die dafür jeweils notwendige Ausbildung und Qualifikation zu haben. Im islamischen Religionsunterricht an der Schule in Kreuzlingen wird das Thema «Gewalt» präventiv im Unterricht behandelt. Ein Beispiel wäre die Lektion «Miteinander ... füreinander», in der wir unter anderem auch die Tatsache betonen, dass alle Religionen vor Gewalt und Krieg warnen und die Pflicht, Frieden zu stiften, artikulieren. In dieser Lektion lernen die Schüler und Schülerinnen die Grundidee, Entstehung und Ziele des «Parlaments der Weltreligionen» sowie dessen Deklaration kennen.

Zudem haben wir 2017 mit der Union der albanischen Imame zwei Workshops «Nein zum schädlichen religiösen Extremismus und Fanatismus im Namen des Islams» für muslimische Jugendliche durchgeführt – einen in Aarburg mit 56 Teilnehmenden und einen in Zürich mit 50 Teilnehmenden. Ziel der Workshops war es, die Jugendlichen für die Gefahr der Radikalisierung zu sensibilisieren, sie über die Position des Islams bezüglich Extremismus zu informieren und ihnen die Entstehungsgründe und Prozesse der Radikalisierung bewusst zu machen. Die Rückmeldungen der Jugendlichen waren sehr positiv. Sie haben die Workshops als sehr hilfreich empfunden und haben den Wunsch

geäussert, dass diese aktuellen Themen öfter und in verschiedenen Formen behandelt werden sollen.

Immer wieder werden die Aktivitäten einzelner Moscheen in Zusammenhang mit der Radikalisierung junger Menschen gebracht und machen Schlagzeilen. Was würden Sie den Behörden raten, um die Zusammenarbeit mit islamischen Vereinen bei Fragen zur Radikalisierung zu verbessern?

Leider machen einzelne Moscheen und Imame als «Inkubatoren» der Radikalisierung immer wieder Schlagzeilen. Diese Moscheen hatten keine konstant angestellten und wenn dann meist einen schlecht ausgebildeten Imam. Die Gefahr, die von solchen Wanderimamen ausgehen kann, wurde vom Vorstand der Moscheen nicht rechtzeitig erkannt. Die Behörden haben vermutlich auch eher zögerlich Kontakt mit den Verantwortlichen der Moscheen und islamischen Dachorganisationen aufgenommen. Wichtig ist, dass die Moscheen und Behörden solche Gefahren richtig einschätzen lernen und dass die Behörden und die verschiedenen nationalen, kantonalen und kommunalen islamischen Organisationen eng miteinander kooperieren, um gemeinsam präventiv wirken zu können. Die übliche Schweizerische Praxis der gemeinsamen pragmatischen Lösung von Problemen vor Ort erachte ich dabei als besten Weg, um in der Prävention erfolgreich zu sein.

Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Radikalisierung im Zusammenhang mit dem Islam gibt sowohl den Behörden als auch den muslimischen und nichtmuslimischen Mitgliedern der Zivilgesellschaft Anlass zu ernsthafter Besorgnis. Wie auch der Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) betont, dürfen sich die Präventionsmassnahmen nicht auf gesetzliche und strafrechtliche Bestimmungen beschränken, sondern müssen die Arbeit anderer Akteure wie etwa der muslimischen Vereine miteinbeziehen. Die Prävention muss im Rahmen einer umfassenden und interdisziplinären Strategie erfolgen, bei der jeder Partner eine spezifische Aufgabe übernehmen kann. Zusammenarbeit und Interdisziplinarität sind die beiden obersten Gebote der Prävention. In Ergänzung und Erweiterung der Leitlinien des Nationalen Aktionsplans schliesst dieses Themenheft mit einigen Empfehlungen. Diese richten sich an unterschiedliche gesellschaftliche Akteure, sind aber jeweils der gesamten Gesellschaft verpflichtet.

Erstens müssen zusätzlich zu einer zwingend notwendigen umfassenden Strategie auf der lokalen Ebene Strukturen für die Prävention, den Ausstieg und die Wiedereingliederung entwickelt werden. Eine Kenntnis der lokalen Netzwerke, Herausforderungen und auch von Schwachstellen ist unumgänglich, um eine Risikoperson begleiten und gegebenenfalls resozialisieren zu können. Dabei sollten den Jugendlichen auch Räume für Austausch und Diskussionen gewährt werden, in denen sie ihrem Unbehagen Ausdruck geben können, ohne dass ein Urteil über sie gefällt wird. Für eine Umkehrung des Radikalisierungsprozesses ist es von zentraler Bedeutung, den Problemlagen von Jugendlichen einfühlsam zuzuhören. Schliesslich muss auch an die Unterstützung der Familien und Angehörigen gedacht werden. Ein Vater oder eine Schwester, die sich um die Tochter oder den Bruder Sorgen machen, müssen den unterstützenden Strukturen vertrauen können. Sie dürfen nicht Angst haben, dass ihr Vorgehen als Denunziation betrachtet wird, welche womöglich für diejenige Person, um die sie sich Sorgen machen, eine polizeiliche Untersuchung oder ein juristisches Strafverfahren nach sich zieht.

Zweitens ist es wichtig, die verschiedenen Situationen zu identifizieren, die Radikalisierungsprozesse begünstigen können. Diese dürfen nicht ausschliesslich auf den Salafismus (bzw. auf den Islam) eingeengt werden. Der Salafismus ist entgegen weitläufiger Annahme nicht das einzige Einfallstor. Frustrationen, das Gefühl von Ungerechtigkeit und Erniedrigung spielen entscheidende Rollen bei

der Radikalisierung. Die salafistische Ideologie spielt in den ersten Phasen des Prozesses häufig nur eine untergeordnete Rolle. Ihre Relevanz steigt erst im Zuge der Legitimierung eines binären Diskurses «sie» gegen «uns» und der Rechtfertigung von Verhaltensweisen und Handlungen, die sich daraus entwickeln können.

Drittens sollten muslimische Vereine vermehrt ihre Verantwortung wahrnehmen und sich als Zentren für die Verbreitung eines soliden theologischen Wissens profilieren. Dabei ist wichtig, dass sie sich auch schwierigen Themen wie dem bewaffneten Dschihad und der Gewalt stellen. Es ist kontraproduktiv, in Abrede zu stellen, dass der bewaffnete Dschihad in einem historischen Sinne praktiziert wurde oder «einem Jugendlichen, der nach Syrien reisen will, zu sagen, (...), dass der Prophet Mohammed keine Gewalt angewendet hat. Denn das entspricht nicht der Wahrheit» (AlDe'Emeh S. 258). Es gehört zur Verantwortung der jeweiligen muslimischen Organisation die konfliktreichen Momente der Geschichte des Islams zu berücksichtigen und sie vor dem Hintergrund ihres jeweiligen Kontextes (sowohl zeitlich, als auch situativ) zu betrachten. Jugendliche sollen dazu angeleitet werden, über Rahmenbedingungen der Gewaltausübung nachzudenken und darüber, ob Gewalt in einem anderen Kontext überhaupt noch legitim sein kann. Die muslimischen Vereine sollten zudem auch eine aktivere Rolle übernehmen, was die Dekonstruktion einseitiger und gewaltverherrlichender Vorstellungen von Dschihad anbelangt und dieses Konzept in den historischen Kontext des Korans und der territorialen Expansion der Herrschaft der Umayyaden und der Abbasiden setzen. Die muslimischen Vereine sollten ferner aktiv dazu beitragen, dass Risikopersonen muslimischen Glaubens eine positive Zugehörigkeit zur Gemeinschaft wie zur Gesellschaft wiedererlangen können.

Viertens sollte auf die Professionalisierung der Arbeit von religiösen Betreuungspersonen (Imame, Seelsorgende und Religionslehrkräfte) hingewirkt werden; dies bedingt zugleich eine angemessene Entlohnung, geeignete Weiterbildung und gesellschaftliche Anerkennung. Die Leitung einer religiösen Gemeinschaft, deren Unterstützung in der Trauer, die Begleitung von kranken, sterbenden oder inhaftierten Menschen, der Religionsunterricht, die altersgerechte (Kinder, Jugendliche, Erwachsene) pädagogische Ausrichtung bei der Vermittlung von Religion sind alles Bereiche, die noch heute sehr häufig von

Freiwilligen übernommen werden, die theologisch, methodisch, pädagogisch oder didaktisch nicht über das nötige Rüstzeug verfügen. Angesichts von beinahe 500'000 Muslimen in der Schweiz ist es wichtig, dass die religiöse Begleitung in den Vereinen professionalisiert wird.

Literaturverzeichnis

Zitierte Artikel und Literatur

AlDe'Emeh, Montasser 2015: Pourquoi nous sommes tous des djihadistes, Paris.

Amghar, Samir 2011: Le Salafisme d'aujourd'hui. Mouvements sectaires en Occident, Paris.

Bielmann, Florent 2017: Combattants terroristes étrangers: analyse des motivations individuelles des djihadistes de Suisse. Mémoire de Master présenté à l'Université de Genève.

Eser Davolio, Miryam et al. 2015: Hintergründe jihadistischer Radikalisierung in der Schweiz. Eine explorative Studie mit Empfehlungen für Prävention und Intervention, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürich. https://www.zhaw.ch/storage/shared/sozialarbeit/Forschung/Delinquenz_Kriminalpraevention/Jugendkriminalitaet_Jugendgewalt/Schlussbericht-Jihadismus-DE.pdf (28.3.2018)

Joris, Vincent 2013: Les chemins de l'extrémisme violent: le processus de radicalisation, in: Extrémisme Tangram (32) Bulletin de la Commission fédérale contre le racisme, Berne, pp. 19-23. http://www.ekr.admin.ch/pdf/Tangram_32.pdf (28.3.2018)

Kerngruppe Sicherheit KGSI Task-Force TETRA 2017: Massnahmen der Schweiz zur Bekämpfung des dschihadistisch motivierten Terrorismus. Dritter TETRA-Bericht, Bern, April. <https://www.fedpol.admin.ch/dam/data/fedpol/aktuell/news/2017/2017-03-14/tetra-ber-d.pdf> (28.3.2018)

Kerngruppe Sicherheit KGSI Task-Force TETRA 2015a: Bekämpfung von dschihadistisch motiviertem Terrorismus in der Schweiz mit Schwerpunkt auf dschihadistisch motivierten Reisenden. Aktuelle Lage und Massnahmenkatalog. Bern, Februar. <https://www.ejpd.admin.ch/dam/data/fedpol/aktuell/news/2015/2015-02-26/ber-d.pdf> (28.3.2018)

Kerngruppe Sicherheit KGSI Task-Force TETRA 2015b: Massnahmen der Schweiz zur Bekämpfung des dschihadistisch motivierten Terrorismus. Zweiter Bericht der Task-Force TETRA, Bern, Oktober. <https://www.fedpol.admin.ch/dam/data/fedpol/aktuell/news/2017/2017-03-14/tetra-ber-d.pdf> (28.3.2018)

Hafez, Mohammed/Mullins, Creighton 2015: The radicalization puzzle: A theoretical synthesis of empirical 17 approaches to homegrown extremism, in: Studies in Conflict & Terrorism, vol. 38, n° 11, p. 961.

Khosrokhavar, Fhrad 2014: Radicalisation. Paris.

Merz, Fabien 2016: Switzerland and Jihadist Foreign Fighters, ETH Zürich Research collection, <https://www.research-collection.ethz.ch/handle/20.500.11850/127363> (28.3.2018)

Merz, Fabian/Farman, Darius 2017: Das Engagement muslimischer Organisationen in der Schweiz gegen gewaltbereiten Extremismus, in: Bulletin 2017 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, Zürich, CSS/ETH, S. 33-58. https://www.ethz.ch/content/dam/ethz/special-interest/gess/cis/center-for-security-studies/pdfs/Bulletin_2017_04_FM.pdf (28.3.2018)

Monnot, Christophe 2013: La Suisse des mosquées. Derrière le voile de l'unité musulmane, Genève.

Moos, Olivier 2016: Le jihad s'habille en Prada. Une analyse des conversions jihadiste en Europe, in: Cahiers de l'Institut Religioscope, No. 14. https://www.religion.info/pdf/2016_08_Moos.pdf (28.3.2018)

Moos, Olivier 2017: Analyse. Les mythes du jihadisme européen – une évaluation critique des débats sur la radicalisation, in : Religioscope. <https://religion.info/2017/10/13/mythes-du-jihadisme-europeen> (28.3.2018).

Nachrichtendienst des Bundes 2018: Anzahl Dschihadreisende. Bern, Februar. <https://www.vbs.admin.ch/de/themen/nachrichtenbeschaffung/dschihad-reisende.html> (28.3.2018)

Schmid, Hansjörg/Schneuwly Purdie, Mallory/Lang, Andrea 2015: Islambezogene Weiterbildung in der Schweiz – Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse. Forschungsbericht, Schweizerisches Zentrum für Islam und Gesellschaft (SZIG), Universität Freiburg, Freiburg. https://www3.unifr.ch/szig/fr/assets/public/uploads/Rapports/2016/schlussbericht-_islambezogene_weiterbildung.pdf (28.3.2018)

Schmid, Hansjörg/Schneuwly Purdie, Mallory/Sheikhzadegan, Amir 2017: Der Pilotversuch muslimische Seelsorge im Testbetrieb Zürich. Evaluation des Nutzens und der Machbarkeit. Schlussbericht zuhanden des Staatssekretariats für Migration, Schweizerische Zentrum für Islam und Gesellschaft (SZIG), Universität Freiburg, Freiburg. http://www3.unifr.ch/szig/de/assets/public/uploads/Rapports/2018/Schlussbericht_Evaluation_Asylseelsorge.pdf (28.3.2018)

Sicherheitsverbund Schweiz 2017: Nationaler Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus, Bern, Dezember. <https://www.svs.admin.ch/content/svs-internet/de/home.detail.nsb.html/69082.html> (28.3.2018)

Sicherheitsverbund Schweiz 2016: Präventionsmassnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung. Eine Bestandsaufnahme in der Schweiz. Bern, Juli. <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/44716.pdf> (28.3.2018)

Thomson, David 2016: Les revenants. Ils étaient partis faire le jihad, ils sont de retour en France, Paris.

Vereinte Nationen 2016: Plan of action to prevent violent extremism. Januar. <https://www.un.org/counterterrorism/ctitf/en/plan-action-prevent-violent-extremism> (28.3.2018)

Zitierte Plattformen und Angebote, weiterführende Links

Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention, Stadt Winterthur. <https://stadt.winterthur.ch/gemeinde/verwaltung/soziales/soziale-dienste/praevention-und-suchthilfe/fachstelle-extremismus> (28.3.2018)

Gardez le lien. Einrichtung zur Verhinderung religiöser und gewalttätiger politischer Radikalisierung. Kanton Genf. <https://www.gardezlelien.ch/> (28.3.2018)

Workshops und Partnerorganisationen: <http://www3.unifr.ch/szig/de/weiterbildung/muslimische-organisationen/workshops.html> (28.3.2018)

